

Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

DS0451/13/2 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0451/13	23.01.2014

Absender Frank Theile, Helga Boeck, Hugo Boeck Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 23.01.2014

Kurztitel Grundsatzbeschluss zum Ausbau einer Werkstraße

Die DS0451/13 ist um einen Punkt 3. zu ergänzen:

Der Stadtrat möge beschließen:

„3. Mit der Zielsetzung der Entlastung angrenzender Wohngebiete von Durchgangsverkehren (Leipziger Straße, Hopfengarten/Salbke u. Westerhüsen) sind im Rahmen der Gesamtverkehrsplanung Süd/Süd-Ost, Möglichkeiten einer zukünftigen öffentlichen Nutzbarkeit dieser Verkehrsanlage zu untersuchen und bei der Umsetzung des Bauvorhabens zu berücksichtigen. Parallel hierzu sind weiträumige, rechtliche mögliche Nutzungsbeschränkungen für Schwerlastverkehre bzw. Durchgangsverkehre in den angrenzenden Straßen zu prüfen und im Zuge der Errichtung dieser Verkehrsanlage umzusetzen.“

Begründung:

Die Planung und der Bau einer für Schwerlasttransporte geeigneten Verkehrsanlage zwischen Friedrich-List-Str. und Ottersleber Chaussee ist (unabhängig von der jeweils betrachteten Variante) ein **wesentlicher Teilaspekt der Ergebnisse der Verkehrsuntersuchungen Süd/Südost für die Stadtteile Leipziger Straße/Hopfengarten/Salbke und Westerhüsen (DS 0519/13).**

Der Grundsatzbeschluss zur Errichtung dieser Verkehrsanlage kann gerade deshalb aber nicht losgelöst von möglichen Folgen für Verkehrsab- und zuflüsse des öffentlichen und Individualverkehrs in Richtung Schilfbreite und Hopfengarten betrachtet und gefasst werden.

Die Beschränkung vorgesehener Nutzungsmöglichkeiten der zu planenden sowie aus öffentlichen Haushaltsmitteln zu finanzierenden Verkehrsanlage, im Wesentlichen einzig und allein im Interesse des Werkverkehrs (Abtransport überbreiter Bauteile) eines einzigen Unternehmens, löst die in der DS0519/13 herausgearbeiteten Verkehrsbelastungsprobleme der benannten Stadtteile nicht.

Es sind deshalb, entsprechend dem seit über einem Jahrzehnt artikulierten Bürgerwillen, den bisherigen Intentionen des Stadtrates zu einer durchgreifenden Verkehrsberuhigung in den betreffenden Wohngebieten und Stadtteilen sowie im Sinne des nachhaltigen und effektiven Umgangs mit öffentlichen Finanzierungsmitteln, zeitgleich zur Errichtung dieser Verkehrsanlage, geeignete verkehrsregulatorische Maßnahmen zur Verminderung von

Lärm- und (Durchgangs-) Verkehrsbelastungen in den betreffenden Wohngebieten/Stadtteilen zu planen und umzusetzen.

Frank Theile
Stadtrat

Helga Boeck
Stadträtin

Hugo Boeck
Stadtrat